

# Die Lupe

- Hayek zur FDP
- Der 18%-Müller
- EU-Untauglich
- Staatswachstum
- Widmer-Schlumpf

Die AVV - wachsam seit 1918 !

## Nicolas G. Haykes Worte an die FDP

*Zum Tode des Wirtschaftsführers der FDP erneut ins Stammbuch geschrieben...*

Anlässlich einer Parteiversammlung der FDP Biel-Seeland hielt der leider verstorbene Wirtschaftsführer Nicolas G. Hayek am 19. Oktober 2005 eine denkwürdige Rede, die wir hier in Auszügen wiedergeben:

### **Parteine brauchen Unterscheidungsmerkmale**

(...) Ich bin kein Parteimitglied der FDP, aber seit über 40 Jahren ein Parteiwähler. Seit einiger Zeit frage ich mich aber jedes Mal «warum soll ich diese Partei wählen?». Sie ist weder Fisch noch Vogel. Weder links, noch Mitte, noch rechts. Nicht Nord und auch nicht Süd. Lese ich die vielen Parteiprogramme in den Zeitungen, habe ich das Gefühl, sie seien wenngleich weniger konkret und detailliert so doch vergleichbar mit den guten Vorsätzen, die ich mir jedes Jahr fürs Neue Jahr vornehme: «ich will nächstens Jahr sparsam sein, brav sein, effizient sein, gesund leben, charmant sein zu meiner Frau, sympathisch zu meinen Nachbarn, demokratisch und patriotisch zu meinem Land»... und alle anderen schönen Wunschgedanken, die schon zwei Wochen später vergessen sind. Es sind allgemeine Vorsätze, die sich alle anderen Menschen sowieso auch vornehmen. Kritik hat zwei sehr unterschiedliche Gesichter und Ziele. Sie dient einmal dazu, seines Gegners Ruf mit Dreck zu bewerfen, den Gegner zu schädigen oder gar zu zerstören. Dies ist nicht mein Ziel, ganz und gar nicht. Deshalb, und bevor Sie alle ihre Gegenargumente polieren und Ihre politischen Verteidigungswaffen wetzen, sage ich Ihnen gleich, dass das Ziel, das ich mit meiner heutigen Rede verfolge, zur zweiten Gruppe gehört, nämlich der konstruktiven Kritik.

### **Konstruktive Kritik um Altlasten zu beseitigen**

Ziel meiner Kritik ist es, einem Menschen oder einer Gruppe, die mir

nahe steht und mir sympathisch ist, klar und in allen Einzelheiten ihren gegenwärtigen Zustand und auch ihre Fehler aufzuzeigen, aber auch, und sofort danach, konkrete Verbesserungsvorschläge zu definieren und zu übermitteln. Konstruktive Kritik ist heute für die FDP wichtig, um im Interesse von uns allen und nicht zuletzt auch der Schweiz ihre frühere notwendige Stärke wieder zurück zu gewinnen. Für die Zukunft unseres Landes erachte ich eine schwache FDP sogar als gefährlich. Welches sind nun die Problembereiche Ihrer Partei aus der Sicht eines einfachen Wählers mit nur einer Stimme, wie ich einer bin? Es sind die folgenden – und dazu der eine oder andere Lösungsvorschlag:

### **Parteien brauchen Persönlichkeiten als Fahnenträger**

Mangel an Leadership: Es braucht sichtbare Unternehmer- und Führungspersönlichkeiten, die mit viel Einsatz, Intelligenz, Fleiss und Charisma die strategischen Ziele der Partei definieren. Um der Partei wieder Kraft zu geben, braucht es nämlich mindestens drei, wenn nicht fünf, am besten gleich 50 oder sogar 100 starke, passionierte, charismatische und vor allem hart arbeitende Führungspersönlichkeiten. Sie existieren in der FDP, da bin ich mir ganz sicher. Aber ich sehe sie nicht. Sie sind in den meisten Fällen, abgesehen von ein paar Ausnahmen, für das Volk nicht sichtbar. Die FDP sollte genau wie in der Wirtschaft die besten verantwortungsbewussten Leute aktiv rekrutieren. Das mutet für eine politische Partei sicher ungewöhnlich an. Wenn Sie, wie Ihre grössten Konkurrenten in der Schweiz, aber ein Profil haben wollen, müssen Sie ausgesuchte Persönlichkeiten ansprechen, Persönlichkeiten, die ich später in diesem Referat näher definieren werde. Männer und Frauen,

die immer schon viel Sympathie für die FDP empfunden haben, und nicht die Karrieresüchtigen, nicht die Jäger nach lukrativen Ämtern, nicht die Cousins und Cousinen, nicht die Seilschaften von Verwandten und Bekannten, von Freunden und Freundinnen. (...)

So lange Ihre Partei nicht aktiv starke Persönlichkeiten, wie sie sie früher gehabt hat, sucht, sondern sich nur in ihren gegenwärtigen Seilschaften voller freundlicher, netter, hochkultivierter Menschen danach umsieht, hat sie keine Zukunft. Finden Sie aktiv Persönlichkeiten, die die Zukunft mit gestalten können! Der gegenwärtige Präsident Fulvio Pelli wäre sicher fähig, sein Amt zu erfüllen, aber er braucht eine starke und solidarische Mannschaft um sich, und viel Unterstützung, nachdem er nun schon der dritte oder vierte Präsident innerhalb weniger Jahre ist. Und damit komme ich zum 2. Punkt:

Der enorme Wechsel in der Führung führt nicht nur bei den Wählerinnen und Wählern zu einer totalen Verunsicherung, sondern auch bei der Parteibasis. Wenn eine Partei bei sich selbst keine Leadership und keine Ordnung schaffen kann, wie soll sie sie denn für das Land bewerkstelligen können?

### **Die ursprüngliche Botschaft der FDP freilegen**

Der dritte Punkt ist das schlechte Image, ausgelöst durch Wirtschaftsskandale oder Pannen einiger Parteigrößen, oder aus den Seilschaften der Partei nahe stehenden, dynamischen Personen – dynamisch allerdings nur in der aktiven Suche nach kumulierten lukrativen Wirtschaftsämtern in der Grossindustrie und bei zahlreichen Banken, Versicherungen oder Fluggesellschaften mit hohen Tantiemen und niedriger Erfolgsquote oder noch

schlimmer, mit hohen Verlusten. Eine richtige «Pleiten, Pech und Pannen»-Wirtschaft entstanden aus mehrfach addierten – nein multiplizierten Unfähigkeiten! Als typisches und bekanntestes, jedoch leider nicht einziges Beispiel dieser «Pleiten, Pech und Pannen»-Wirtschaft sei hier Swissair erwähnt. (...) Oh nein! natürlich war keiner der Beteiligten schuld daran! Das will ich gerne glauben. Aber ob sie nun schuld waren oder nicht, er bleibt bei Ihren Wählerinnen und Wählern, den Unternehmern, trotzdem bestehen, dieser schale Geruch des Misserfolges, der Schlamperei, der Verkettung von Unfähigkeiten in einem Umfeld, in dem, sichtbar für das ganze Volk, fast nur freisinnige Grössen stolz, manchmal sogar arrogant «herumtragen» («ils caracolent», wie der Franzose sagt). Die Wählerschaft sagt sich zu Recht, wer die Verantwortung für eine Firma aktiv sucht, diese Verantwortung aber nicht mit aller Konsequenz wahrnehmen kann und das Unternehmen derart liederlich führt, der kann wohl kaum ein Land führen. Dieser schlechte Geruch, dieser vielleicht sogar impertinente oder gar falsche Verdacht, den ich (nebst vielen anderen FDP Wählern) hier zu äussern wage, sollte doch schleunigst aus der gegenwärtigen Botschaft der FDP gestrichen und durch den wohlriechenden Duft der guten, fähigen, kompetenten, integren, sauberen und auch idealistischen Unternehmer ersetzt werden. Ich meine damit Unternehmerinnen und Unternehmer, die keiner der erwähnten Seilschaft angehören, die mit Erfolg etwas aufgebaut haben, die die frühere grosse Botschaft der FDP vorleben. Diese Botschaft wurde in Zürich kreiert, deshalb wäre es eigentlich angebracht, dass die notwendigen Korrekturen nun auch wieder von Zürich aus erfolgen. Eine falsch verstandene Solidarität mit jenen Leuten, die die ehemals grosse FDP Botschaft mit Füßen treten, kann das Volk weder verstehen noch akzeptieren.

#### **Mut zum eigenen Profil**

Ein total unklares Strategie- und Parteiprogramm ist der vierte wesentliche Problembereich. Wenn Sie ausnahmslos allen Schweizerinnen und Schweizern gefallen wollen, verliert das notwendige, Wähler mobilisierende Profil an Schärfe. Das Wählerpotenzial der echten FDP beträgt über 60% oder sogar 70% der Bevölkerung. Das Potenzial, um die FDP zu wählen, ist da, aber die FDP ist nicht mehr da, um dieses Potenzial wahrnehmen und einnehmen zu können. Die FDP der Schweiz muss diese 60%

oder 70% ansprechen, und nicht alle Schweizer. Allen Göttern dienen, hiesse Profillosigkeit akzeptieren. Wenn eine Partei aber kein Profil hat, dann wird sie ständig, bei jeder Wahl verlieren. Es geht nicht an, eine vage Liste von allgemeinen Absichtserklärungen zu publizieren - nein! Es gilt, nicht nur ein klares und konkretes, sondern auch ein kluges und mutiges Partei- und Landesprogramm mit seriösen und glaubwürdigen Details zu erarbeiten. Ein Programm, das vielleicht eine Minderheit der Bevölkerung vor den Kopf stossen wird, das aber die langfristigen Interessen aller und damit der ganzen Schweiz vertritt. Diese Strategie muss anschliessend mit Mut und Überzeugungskraft glaubwürdig vorgestellt und gelebt werden.

Es ist für eine Partei ausserdem entscheidend, bei den ständig neuen, explosionsartig auftretenden und bedeutenden Problemen rasch klare Stellungnahmen zu kommunizieren. Welche Partei hat zum Beispiel schnell reagiert, als der Benzinpreis ohne glaubhafte Begründung in die Höhe schoss? Die FDP war es nicht. Auch hier galt es aber zu zeigen, dass die FDP vielmehr die Partei der Unternehmer ist, als jene der Mächtigen in der Wirtschaft. Unter der Führung des Präsidenten ist die Organisation interner Funktionen - unabhängig davon, wie unwichtig eine Funktion betrachtet wird - immer verbesserungsfähig. Das betrifft insbesondere auch die Kommunikationsstelle. Wenn ich Kommunikation sage, dann sage ich auch Image und Botschaft.

Nicht das passive Bild, das Image ist wichtig, sondern die lebendige, dynamische Botschaft. Nebst vielen kleineren sind es diese fünf Hauptproblembereiche, die aus meiner Sicht als einfacher Wähler bei der FDP zu korrigieren sind, damit ich sie wieder wählen kann. Ich wiederhole es: Die FDP ist die Partei der Unternehmer gewesen. Und sie soll wieder die Partei der Unternehmerinnen und Unternehmer und nicht nur der Mächtigen werden!



#### **Queen Victoria**

Anlässlich der Einführung der Einkommenssteuer im Jahre 1850 in England machte sich Queen Victoria grosse Sorgen, ob der Satz von 3.33% nicht zu hoch sei.

## Der 18%-Müller

### *Niedergang eines Senkrechten*

Philipp Müller wurde einst ins Parlament gewählt, weil er der Initiant der sogenannten „18%-Initiative“ war, die den Ausländeranteil auf ebendiesen Wert begrenzen wollte. Heute liegt der offizielle Ausländerbestand bei fast 22 Prozent und Philipp Müller verteidigt in den Medien die Schweizer Migrationspolitik gegen die Kritik der SVP. So ändern sich die Zeiten. Wie die Behörden redet auch Müller offenbar lieber existierende Probleme schön als diese anzupacken.

Manipulation wird der SVP von FDP-Nationalrat Philipp Müller im Zusammenhang mit der Broschüre zur Volksbefragung in der Ausländer- und Asylpolitik vorgeworfen. Bei näherer Betrachtung entpuppen sich die Vorwürfe eher als Versuch, sich mit dem Ausländerthema wieder ins Gespräch zu bringen. So soll das Jahr 2009 in den Statistiken bewusst unterschlagen worden sein, weil die Einwanderung in diesem Jahr „drastisch zurückging“. Richtig ist, dass sich die SVP bei vielen der aufgeführten Zahlenreihen auf die verfügbaren Datentafeln mit den vergleichbar gemachten Zahlen des Bundesamtes für Statistik abstützte. Diese sind auch mit heutigem Datum im Internet nur bis zum Jahr 2008 nachgeführt. Man darf aber auch ohne weiteres über das Jahr 2009, welches als Krisenjahr mit steigender Arbeitslosigkeit in die Geschichte eingehen wird, sprechen. Selbst in diesem schwierigen Jahr wanderten nicht etwa - wie man aus den Äusserungen von Herrn Müller meinen könnte - mehr Leute aus als ein, sondern der positive Wanderungssaldo lag lediglich etwas tiefer als im Spitzenjahr 2008. Also auch in der Krise strömten tausende von Ausländern neu in die Schweiz. Diese Tatsache lässt sich nicht schönreden.

Dafür fragen sich immer mehr Leute, wie es denn der gute Müller nochmals ins Parlament schaffen will - ohne die Stimmen der SVP und mit dem stets sinkenden Wähleranteil der FDP dürfte es eher knapp werden. Aber vielleicht hält die Economiesuisse, deren Lied er seit längerem singt, ein lukratives Pöstchen als Trostpflaster bereit....

Mitglied werden ist einfach:

056 648 60 60

oder unter

[www.vaterlaendische.ch](http://www.vaterlaendische.ch)

# Diagnose: EU-untauglich

von Patrick Freudiger, Stadrat, Langenthal

Die EU hat in einer Blitzaktion zusammen mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) ein Hilfspaket für marode Mitgliedstaaten in Höhe von unglaublichen 750 Milliarden Euro geschnürt, nachdem ebendiese Mitgliedstaaten über Jahre ihre Bilanzen türkten. Das Volk schaut zu, und muss zahlen. Probleme werden mit Geld zugeschüttet anstatt gelöst. Es zeigen sich grundlegende Funktionsdefizite der EU.

## *Das Geld ist real nicht da*

Die Defizite der EU sind systembedingt: Die EU kennt keine Gewaltenteilung und keine direkte Demokratie. Eine kritische europäische Öffentlichkeit existiert nicht. Magistraten regieren in Alleinregie und reissen immer mehr Kompetenzen an sich. Das Subsidiaritätsprinzip (Art. 5 des EU-Vertrages) ist faktisch eine Farce. Rund 85% der Gesetze, welche z.B. heute für Deutschland gelten, haben ihren Ursprung direkt oder mittelbar in Brüssel. Die Notwendigkeit und Nützlichkeit dieser EU-Normen darf regelmässig in Frage gestellt werden: Die EU-Antidiskriminierungsrichtlinien untergraben die Vertragsfreiheit. Die neuen EU-Finanzmarktrichtlinien (MiFID) bevormunden die Anleger. Das Rettungspaket der EU für marode Mitglieder basiert zu einem guten Teil auf blossen Garantien. Das Geld, welches versprochen wird, ist real gar nicht da. Symptomatisch ist auch, wie die EU Auswüchse der Bürokratie zu bekämpfen gedenkt: Zur Bekämpfung der Bürokratie hat die EU – bingo – eine Arbeitsgruppe zum Abbau der Bürokratie gebildet. Bürokratie wird mit Bürokratie bekämpft.

Vielleicht rächt es sich nun, dass es ein Europa der Menschen bis heute nicht gibt, höchstens ein Europa der Bürokraten. Schon bei der Präambel zeigt sich der elitäre Charakter der EU. Die «Konsolidierte Fassung des Vertrages über die Europäische Union», das oberste Regelwerk der EU, beginnt mit: «Seine Majestät der König der Belgier, Ihre Majestät die Königin von Dänemark, der Präsident der Bundesrepublik Deutschland, der Präsident der Griechischen Republik, Seine Majestät der König von Spanien, der Präsident der Französischen Republik, der Präsident Irlands, der Präsident

der Italienischen Republik, Seine königliche Hoheit der Grossherzog von Luxemburg, Ihre Majestät die Königin der Niederlande, der Präsident der Portugiesischen Republik, Ihre Majestät die Königin des Vereinigten Königreichs Grossbritannien und Nordirland». Ein Vertrag von Eliten für Eliten.

Anders die Präambel der Schweizer Bundesverfassung: «Im Namen Gottes, des Allmächtigen, das Schweizer Volk und die Kantone (...) geben sich folgende Verfassung.» Die Schweizer Verfassung ist eben kein Regelwerk nur für Eliten. Auch das Volk nimmt über Initiativen und Referenden direkt und wirksam Einfluss aufs politische Geschehen. Geradezu eine Farce ist demgegenüber Art. 11 des EU-Vertrages: «Unionsbürgerinnen und Unionsbürger, deren Anzahl mindestens eine Million betragen und bei denen es sich um Staatsangehörige einer erheblichen Anzahl von Mitgliedstaaten handeln muss, können die Initiative ergreifen und die Europäische Kommission auffordern, im Rahmen ihrer Befugnisse geeignete Vorschläge zu Themen zu unterbreiten, zu denen es nach Ansicht jener Bürgerinnen und Bürger eines Rechtsakts der Union bedarf, um die Verträge umzusetzen.» EU-Bürger haben bloss das Recht, die Kommission aufzufordern, neue Gesetze zu machen. Die Schweizer können dagegen ganz konkret eine Abänderung der Verfassung verlangen oder ein geplantes Gesetz bekämpfen. Stimmt die Mehrheit zu, gilt das Verdikt.

## *Fehlentscheide vorprogrammiert*

Wo demokratische Kontrolle fehlt, wo eine Organisation zum inzestuösen Biotop von Bürokraten verkommt, da sind Fehlentscheide vorprogrammiert. Wer seine Existenz mit dem Aufbau eines vereinigten Europa und der Überwindung der Nationalstaaten sichert, wird diese Ideologie bis zum Schluss verteidigen. Die Vereinigung der Nationalstaaten zu einer starken politischen Union muss am Leben erhalten werden, ungeachtet aller realpolitischen Unzulänglichkeiten. Der deutsche Wirtschaftsphilosoph Wilhelm Röpke sprach bereits 1958 Klartext: «Mit wenigen rühmlichen Ausnahmen steht der Nutzen dieser internationalen Zentralisation in einem geradezu

phantastischen Missverhältnis zu ihren Kosten, von ihrem eindeutigen Schaden nicht zu reden.»

Mit dem Vertrag von Lissabon hat die EU-Zentrale ihre Kompetenzen nochmals erweitert: So wurde etwa das Einstimmigkeitsprinzip weiter zu Gunsten von Mehrheitsentscheiden abgebaut. Das schwächt die Position des Nationalstaates. Scheinbar will die EU den Nationalstaaten nun doch ein wenig entgegenkommen, indem sie diese vermehrt in den EU-Gesetzgebungsprozess einzubinden gedenke. Grossspurig verkündet die EU auf ihrer Homepage [www.europa.eu](http://www.europa.eu): «Nationale Parlamente werden zum ersten Mal als Teil der demokratischen Struktur der Europäischen Union anerkannt.» Wie sieht denn nun diese vermehrte Einbindung aus? Den nationalen Parlamenten wird zukünftig das Recht zugestanden, sich zu äussern, ob ein Rechtsakt mit dem Subsidiaritätsprinzip vereinbar ist (Art. 3 Protokoll 1 über die Rolle der nationalen Parlamente in der EU). Zu anderen Fragen werden die nationalen Parlamente nicht gehört. Erachtet ein Drittel der Nationalstaaten einen Gesetzesentwurf als mit dem Subsidiaritätsprinzip nicht im Einklang stehend, muss der betreffende Entwurf überprüft werden. Eine weitergehende inhaltliche Überprüfung des Rechtsaktes findet nicht statt. Auf Ersuchen eines Drittels der Mitgliedsländer wird sich die europäische Superbürokratie in Zukunft also bemüssigen, ein Gesetz nochmals anzuschauen. In diesem Sinne gedenkt Europa, in Zukunft föderalistischer zu werden. Jeder Aktionär hat an einer GV mehr Einfluss als ein nationaler Parlamentarier auf die EU.

## *Das Volk hat nichts zu sagen*

Die EU gibt sich eine Verfassung. Das Volk muss zuschauen – und zahlen. Die EU erweitert sich. Das Volk muss zuschauen – und zahlen. Die EU garantiert zusammen mit dem IWF Hilfsleistungen im Umfang von 750 Milliarden Euro für Staaten, welche in der Vergangenheit beim Bilanzieren geschummelt haben. Das Volk muss zuschauen – und zahlen. Warum wundert sich eigentlich noch jemand, dass sich die Begeisterung der Menschen für die EU in Grenzen hält?

# Staatwachstum

Andreas A. Glarner, Oberwil-Lieli

Gerade in der jüngsten kantonalen Steuerdebatte sprechen gewisse Kreise schon wieder vom Kaputtsparen und Herunterfahren des Staates. Doch schauen wir einmal an, wohin sich denn die Kosten bewegen: Bei der Sicherheit stiegen sie in 8 Jahren um 23%, in der Bildung um 26% und in der allgemeinen Verwaltung gar um 39%. Übrigens: Die Steuereinnahmen des Aargaus sind von 2000 bis 2008 um über 40% angestiegen – die Teuerung betrug in diesem Zeitraum aber nur 8.8% - da fragt man sich doch: Wohin ist denn das Geld versickert?

Wir geben also immer mehr aus – von Mass halten oder gar Sparen kann keine Rede sein! Ist denn infolge der 23% Mehrausgaben im Bereich Sicherheit in diesen 8 Jahren irgendetwas sicherer geworden? Es ist doch unsicherer geworden im Aargau – in Wohlen können Sie nach Einbruch der Dunkelheit nicht mehr alleine zum Bahnhof!

Sind unsere Kinder gescheiter geworden? Nein, wahrscheinlich haben wir einen guten Teil der 26% in Schulleiter investiert, die jetzt unsere Lehrer mit administrativem Krimskrams und Ballast davon abhalten, Schule zu geben...

Haben wir – haben Sie etwas von der aufgeblähten kantonalen Verwaltung? Ja, wir werden mehr gegängelt... Beispiel gefällig? Oberwil-Lieli machte eine Zonenplanänderung mitten auf der grünen Wiese: Da braucht es ein Waldfeststellungsverfahren – also da stellt der Gemeinderat fest, dass es dort weit und breit keinen Wald hat und meldet dies nach Aarau. Dann kommen hochbezahlte Leute aus Aarau um ebenfalls festzustellen, dass es dort keinen Wald hat – dann kommt die Bestätigung aus Aarau, dass es dort keinen Wald hat und dann muss noch eine Publikation erfolgen, dass es dort keinen Wald hat – wenn aber jemand anderer Meinung wäre und ein schutzwürdiges Interesse daran hätte, dass es dort doch Wald hat, kann er sich melden. Und zum Schluss gibt es dann noch eine Meldung nach Aarau, dass trotz Publikation sich niemand gemeldet hat, der im waldlosen Gebiet Wald entdeckt hat – also mit solchem Unsinn müssen wir sofort aufhören!

Kürzlich kam ein Gesuch für eine Erd-

sondenbohrung für eine Wärmepumpe auf den Tisch einer Baukommission - ein absolutes Routinegeschäft. Sie werden es nicht glauben: Das Gesuch haben 2 Herren mit Dokortitel im Original unterschrieben, aber wahrscheinlich hat es noch je eine Sekretärin vorbereitet und die paar Franken Bewilligungsgebühr muss dann noch jemand verbuchen – es könnte also gut sein, dass uns Steuerzahler diese Bewilligung mehr kostet als die Bohrung...

Oder schauen Sie einmal, was passiert, wenn Sie eine Firma gründen – das erste was kommt, sind Formulare, das zweite eine Steuerrechnung – Sie haben noch keinen Franken verdient, aber der Staat langt schon in die Kasse...

Es gilt also, dem wuchernden Staat Einhalt zu gebieten. Doch im Parlament zu Aarau sind die SVP-ler leider immer ganz alleine. Die Partei, die noch vor gar nicht so vielen Jahren den einprägsamen Slogan: «Mehr Freiheit, weniger Staat» propagierte, rennt blind hinter ihrem grün angehauchten Baudirektor nach, welcher vor seinem Abgang noch rasch Gesetz um Gesetz durch das Parlament peitscht... In dichter Folge wurden das Baugesetz, das Strassengesetz und jetzt dann das Energiegesetz behandelt. Natürlich hat jedes dieser Gesetze mehr Bürokratie, weniger Freiheit und vor allem mehr Kosten zur Folge - aber das kümmert den verkümmerten Freisinn wenig. Diese Partei ist leider längst unterwandert von Frauen, welche ebenso gut in der SP-Reihe Platz nehmen könnten. Das Übrige tun dann noch willfähige Abnicker, solche, die direkt oder indirekt am Staatstropf hängen und diejenigen, welche ob den beklagenswerten Zuständen längst resigniert haben.

Wie also soll dem Staat Einhalt geboten werden, wenn nicht einmal die Bürgerlichen sich zusammenraufen können?

Dank WOV wird die Oberaufsicht über die staatliche Tätigkeit schon gar nicht mehr wahrgenommen - obwohl dies eigentlich die Hauptaufgabe eines jeden Mitglieds des Grossen Rates wäre... Doch die WOV-Jünger, welche im Schlepptau des bei der Einführung federführenden Beyeler

damals die Vorteile predigten, wollen oder können nicht sehen, wie gering der Einfluss des Grossen Rates überhaupt noch ist. Und der Regierungsrat erdreistet sich dazu noch, praktisch jeden Vorstoss zur Korrektur als unzulässige Einmischung in die regierungsrätliche Tätigkeit zu qualifizieren. Und was tut das solchermassen zurückgestutzte Parlament? Es gibt seinen Segen - wohlwissend, dass es sich ja selbst jeglicher Mittel beraubt hat....

## Widmer-Schlumpf

*Zu wem gehört die Intrigantin?*

Es läuft ein Trauerspiel erster Güte ab. Da wurde einer der besten Bundesräte aller Zeiten in einem hinterhältigen Manöver durch eine mittelprächtige Figur ersetzt. Haupt-Strippenzieher waren SP- und CVP-Leute. Und nun - anlässlich einer Doppelvakanz bringt man es fertig, diese Dame der SVP zuzurechnen und behauptet keck, sie sei schliesslich eine SVP-lerin. Aber bitte - erinnern wir uns zurück: Wohl kaum eine andere Partei in der Schweiz hätte die Kraft gehabt, eine ganze Kantonalsektion auszuschliessen, um ein ungeliebtes Mitglied loszuwerden. Und dass nach diesem Kraftakt noch immer behauptet wird, die verlogene Dame gehöre der SVP an, ist wohl die grösste Frechheit an diesem Schurkenstück.

Doch nehmen wir es so, wie es kommen wird. Denn der SVP kann nichts Besseres passieren, als eine Nichtwahl ihrer Kandidaten. Dies wird einerseits der doch eher schleppend vorankommenden Sammlung für die Initiative zur Volkswahl des Bundesrates Auftrieb geben - andererseits aber den vorhersehbaren erneuten Wahlsieg 2011 in einen Triumphmarsch verwandeln - 32% sind der SVP so auf sicher!

Andreas A. Glarner

### Impresum



Herausgeberin:

Aargauische Vaterländische Vereinigung  
Postfach 2105, 5001 Aarau

Präsident: Andreas A. Glarner (056 648 60 60)

Redaktion: R. Burger, W. Wassmer, A. Glarner  
Postcheck-Konto: 50-3832-2

Erscheint viermal jährlich

Druck: Rankwoog Druck AG, Trimbach  
Abdruck unter Quellenangabe gestattet.